

So soll die Ausbildung besser werden

Zu den Missständen an der Pädagogischen Hochschule werden in den Parlamenten beider Basel Vorstösse lanciert.

Hans-Martin Jermann

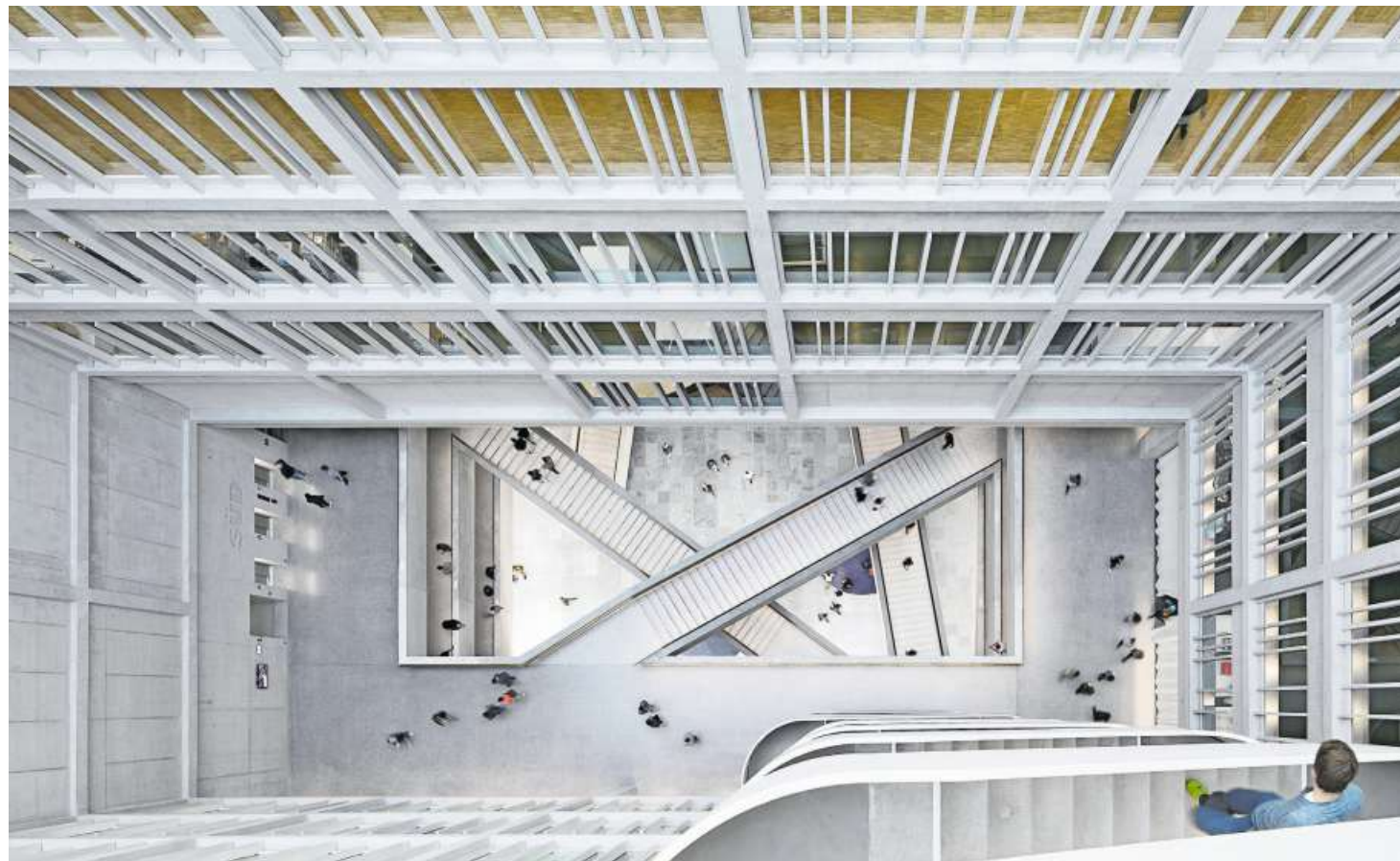
Die Pädagogische Hochschule (PH) der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) mit ihren 3600 Studierenden steht in den Negativschlagzeilen. Entzündet hat sich die Kritik am Belegungssystem für Vorlesungen und Kurse: Die Konkurrenz ist so gross, dass nicht alle Studierenden einen Platz in den gewünschten Modulen erhalten. Weil viele Buchungen kurz vor Meldeschluss getätigt werden, ist kürzlich das System zusammengebrochen. Hinter dem Frust über den Absturz stehen grundsätzliche Klagen über die Qualität der Ausbildung.

Am Wochenende hat sich PH-Leiter Guido McCombie in Interviews – unter anderem in der bz – zu den Missständen geäussert. Doch seine Aussagen sind nicht überall gut angekommen: «Mir scheint, der PH-Leiter hat nicht verstanden, wie gross die Probleme sind», sagt Sibylle Schürch. Die Kommunikationsberaterin und ehemalige SP-Grossrätin sass viele Jahre im Unirat der Universität Basel.

Das, was an der PH der FHNW gelehrt werde, decke sich nur wenig mit der Realität und den Anforderungen an den Schulen im Kanton Basel-Stadt. Dies höre sie von Studierenden und Lehrkräften. Das Verständnis der PH für die Probleme der Lehrkräfte an der Front sei «wohl nicht sehr ausgeprägt», analysiert Schürch. Das müsse sich ändern.

Ein Problem: Dozierende ohne Erfahrung an Schulen

«Die Schule hat mittlerweile keinen guten Ruf mehr. Es muss etwas geschehen», findet auch der Aescher SP-Landrat Jan Kirchmayr. Doch wo kann und soll sich die Politik in den vier FHNW-Trägerkantonen Basel-Stadt, Baselland, Solothurn und Aargau einmischen und wo nicht? Der 31-jährige Sekundarlehrer kennt einige Studierende aus der Region, die wegen der mangelnden Qualität vor Ort lieber die PH in Zürich oder Bern besuchten. Die mangelnde



Der FHNW-Campus ein architektonischer Leuchtturm. Dasselbe lässt sich nicht von der Ausbildungsqualität an der PH sagen. Bild: zvg/Tom Bisig

Praxisnähe der PH-Ausbildung sei eines der Hauptprobleme. Viele Dozierende verfügten über wenig bis keine Unterrichtserfahrung an Schulen.

Kirchmayrs Vorschlag: Fachdidaktik-Veranstaltungen sollen in Tandems gemeinsam von Theoretikern und Praktikern geleitet werden. Doch für mehr Praxisnähe müsste eine Vorgabe

fallen: Heute müssen alle Dozierende einen Master-Abschluss einer Universität haben. Dies führt dazu, dass Primarlehrpersonen, die in der Regel «nur» einen Bachelor-Abschluss in der Tasche haben, nicht zur Primarstufe an der FHNW dozieren können. Beschlossen hat dies die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK). Kirchmayr überlegt sich, mittels Standesinitiative Druck auf eine Regeländerung zu machen.

Zum kritisierten Einschreibeverfahren reicht SP-Landrätin Ursula Wyss am Donnerstag eine Interpellation ein. Wyss will unter anderem wissen, wie viele Studierende keinen Platz in einem der gewünschten Module fanden und wie viele deswegen ihr Studium ungewollt verlängern mussten.

Diese Informationen seien politisch relevant, findet Wyss: «Schliesslich hat das alles Einfluss auf die Kosten der Ausbildung – und diese wird massgeblich von den Kantonen bezahlt.»

Für den Basler FDP-Grossrat Erich Bucher zielt die Diskussion hingegen in eine falsche Richtung: In der aktuellen Aufregung würden Themen vermischt, die nichts miteinander zu tun hätten. «Das Belegungssystem mag für die Studierenden ein grosses Ärgernis sein – doch dieses muss auf operativer Ebene von der Schulleitung und vom Fachhochschulrat gelöst werden», findet Bucher. Er ist Präsident der Interparlamentarischen Kommission zur FHNW, äussert gegenüber dieser Zeitung aber seine persönliche Meinung.

FDP-Grossrat kritisiert Aktionismus im Parlament

Auch Bucher sieht ein Problem in der Akademisierung der Lehrpersonenausbildung. Dies sei ein Thema für die Politik. Der Leistungsauftrag an die FHNW für die Jahre 2025 bis 2028 kommt demnächst in die Parlamente; die Vorberatung in der Kommission ist abgeschlos-

sen. Mit dem Leistungsauftrag werden nicht nur Gelder gesprochen – Baselland zahlt für die kommenden vier Jahre 298, Basel-Stadt 204,7 Millionen Franken. Die Parlamente könnten darin auch Vorgaben bezüglich der Ausrichtung der Ausbildung und der Qualität machen.

Bucher kritisiert den Aktionismus gewisser Parlamentarierinnen und Parlamentarier. So fragt etwa die Basler GLP-Grossrätin Sandra Bothe-Wenk in einem neuen Vorstoss die Regierung, ob ein privates Institut zur Ausbildung von Lehrpersonen auf Primarstufe eine Option wäre.

Dazu sagt Bucher: «Wenn jemand das unternehmerische Risiko eingehen und eine solche Institution aufbauen will, kann er oder sie das tun. Dafür braucht es den Kanton nicht.» Dass dieser selber wegen der Probleme an der FHNW eine staatliche Lehrpersonen-Ausbildung neu lanciert, hält Bucher für nicht zielführend.

«Mir scheint, der PH-Leiter hat nicht verstanden, wie gross die Probleme sind.»

Sibylle Schürch
Kommunikationsberaterin